



SIEGFRIED LEHMANN
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Schubertstr. 3 – 78315 Radolfzell

An die Redaktion

bodenseeland
UNITED INNOVATIONS

78315 RADOLFZELL
Schubertstr. 3
Telefon: 07732 - 972443
Telefax: 07732 - 972444
siegfried.lehmann@web.de
www.siegfried-lehmann.de

Büro:
Charlotte Biskup
Floriana Krügel
Rheingasse 8
78462 Konstanz
Telefon: 07531 - 2842620
Telefax: 07531 - 2842621

Öffnungszeiten:
Mo. und Mi. 10-12Uhr
Di. 13-16, Do. 8-12Uhr

Konstanz, 18.09.2009

Pressemitteilung:

Die Landesregierung muss endlich den Zuschauerplatz verlassen

„Lehmann fordert Staatsvertrag mit der Schweiz zur Berücksichtigung deutscher Interessen im Standortsuchverfahren für ein atomares Endlager!“

Der Konstanzer Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann fordert die Landesregierung auf, sich für einen Staatsvertrag mit der Schweiz einzusetzen. „Inhalt des Staatsvertrages muss die Sicherung der Beteiligungsrechte und der Interessen der deutschen Grenzregion am Planungsprozess des atomaren Tiefenlagers der Schweiz sein“, konkretisiert Lehmann seine Forderung. Grund für den Antrag des Grünen Abgeordneten ist der restriktive Umgang mit den Interessen der an die Schweiz grenzenden deutschen Gemeinden. „Bisher beabsichtigt die Schweiz, deutschen Gemeinden nur dann als von dem atomaren Endlager betroffene Gemeinden im Planungsprozess anzuerkennen, wenn diese direkt an die Schweizer Standortgemeinde des Endlagers angrenzen und darüber hinaus noch weitere Kriterien erfüllen! Diese restriktive Festlegung der betroffenen Region ist nicht hinnehmbar, da hiernach faktisch fast alle deutschen Gemeinden ihre Betroffenheit im vorgesehenen Beteiligungsverfahren nicht geltend machen können.“

Inwieweit die Interessen der deutschen Gemeinden und Landkreise bei der weiteren Standortsuche nach einem atomaren Endlager in der Schweiz berücksichtigt werden, wird davon abhängen, ob sie gemäß der Auffassung der Schweizer Nachbarn unter das Kriterium der „Betroffenheit“ fallen. Der Grüne Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann setzt sich aus diesem Grund dafür ein, dass das Kriterium der Betroffenheit mindestens so weit gefasst wird, dass deutsche Gemeinden in einem Abstand von 30km nördlich der Schweizer Landesgrenze grundsätzlich die Möglichkeit haben, ihre Betroffenheit anzumelden.

„Bisher sieht der Entwurf „Kriterien zur Definition der weiteren Betroffenheit“, den das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation am 24. August 2009 vorgelegt hat, äußerst restriktiv aus.“, so der Konstanzer Landtagsabgeordnete. „Wenn sich diese Kriterien durchsetzen, werden die deutschen Kommunen nahezu keine Möglichkeit haben, ihre berechtigten Interessen vorzubringen. Beispielsweise hätte der Landkreis Konstanz dann keinerlei ernsthafte Mitspracherechte mehr!“, erläutert Lehmann die Dringlichkeit. „Es erscheint mir doch etwas absurd, dass beispielsweise die Gemeinde Büsingen, obwohl sie innerhalb eines Radius von 5 km um das Planungsgebiet für das Endlager liegt, nur dann zu den weiteren betroffenen Gemeinden zählt, wenn mindestens noch eine der weiteren Voraussetzungen gemäß des vorgelegten Kriterienkataloges erfüllt ist. Zudem ist es nicht hinnehmbar, dass die möglichen Auswirkungen eines Störfalls beim Transport oder der Einlagerung von radioaktiven Abfällen kein Kriterium zur Festlegung der „weiteren betroffenen Gemeinden“ sind.“

Insbesondere für die landschaftliche und touristische Attraktivität der Region fürchtet Lehmann starke Einbußen, welche durch mangelnde Beteiligung der deutschen Gemeinden nicht ausreichende Berücksichtigung finden. „Bestehende bilaterale Abkommen sichern Deutschland lediglich Informations- und ein Recht zur Stellungnahme bezüglich möglicher Auswirkungen der Sicherheit der Behandlung radioaktiver Brennelemente und Abfälle zu. Gerade aber die Berücksichtigung sozialer und ökonomischer Aspekte werden in den bestehenden Verträgen in keinsten Weise sichergestellt.“

Um die Berücksichtigung dieser Interessen sowie eine Stärkung der Mitspracherechte deutscher Gemeinden sicherzustellen, fordert Lehmann daher in einem Antrag an die Landesregierung: „Wir brauchen einen Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der Schweiz, um möglichst frühzeitig den Weg für ein konsensorientiertes Konfliktlösungsverfahren frei zu machen. Wenn die ersten großen Konflikte bereits vorhanden sind, wird es schwierig sein, noch zu einer gemeinsamen Strategie zu finden. Es wäre hilfreich, dies bereits vorab in einem gemeinsamen Vertrag zu regeln!“ Diese Einschätzung teilt offensichtlich der Regionalverband Hochrhein-Bodensee, welcher jüngst in seiner Verbandsversammlung eben diesen Staatsvertrag forderte und damit den Antrag der Grünen Landtagsfraktion vom April dieses Jahres unterstützt.

„Ich halte es für unerlässlich, dass die Landesregierung hier endlich aktiv wird und den Südwesten nicht hängen lässt. Nachdem die Forderung der Grünen nun Unterstützung vom hiesigen Regionalverband erhalten hat, sollte die Landesregierung über ihren Schatten springen, und sich auf Bundesebene für den Staatsvertrag einsetzen!“, appelliert der Konstanzer Abgeordnete an die Landesregierung in Stuttgart. „Die Schweizer Grenze mag zwar jenseits der gedanklichen Reichweite einiger Mitglieder der Landesregierung liegen, aber ich bin mir sicher, dass die Bedeutung eines atomaren Endlagers ohne weiteres über diese 200 km Entfernung hinaus strahlen wird!“